



*„Es bleibt zu hoffen, dass 2011 nicht als schwierigstes Jahr in die Annalen der LAG Arbeit eingeht“ (aus: Zum Jahreswechsel 2010 / 2011).*

## **Zum Jahreswechsel 2011 / 2012**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

leider erfüllten sich unsere Hoffnungen im nun auslaufenden Jahr 2011 nicht: die von der gegenwärtigen Bundesregierung veranlassten massiven Kürzungen des Eingliederungstitels konnten nicht abgewendet werden – ja, wurden sogar noch übererfüllt in der operativen Praxis verunsicherter oder inaktiver Grundsicherungsträger. So wird zu Ende dieses Jahres vielerorts ein Ausgabenniveau erreicht, das die geplanten Kürzungen des kommenden Jahres 2012 bereits vorwegnimmt. Selbst in 2011 wird also wie in den Vorjahren Geld nach Berlin zurückgegeben und liefert den Finanzpolitikern willkommene Aufhänger.

Mit Ausnahme der Sonderprogramme (Alleinerziehende, Beschäftigungsinitiative 50Plus, Bürgerarbeit) sehen wir daher auf breiter Front wegfallende oder stark schrumpfende Maßnahmen und gefährdete Strukturen. Öffentlich geförderte Beschäftigung wird im Jahresverlauf um mindestens 175.000 Plätze schrumpfen und damit mehr als halbiert sein.

Und so erklärt sich auch durch diese Sparpolitik, warum die Hilfebedürftigkeit im SGB II kaum, jedenfalls sehr unterproportional abnimmt, obwohl die Arbeitsmarktverfassung wahrlich (wie lange noch?) günstig ist.

Neben der Budgetkürzung verfolgte die Bundesregierung ihren verfehlten Kurs in der Arbeitsmarktpolitik weiter. Was seit Herbst 2009 geschieht, ist kein Zufall, sondern Konzept. Dominanz der Bundesagentur und Marginalisierung der Kommunen via getrennte Trägerschaft der Grundsicherung war *eine* zentrale Absicht. Sie ist nur abgeschwächt, weil ein hessisches Machtwort die Spielräume des Optionsmodells erweiterte und sicherte. Sicherung der Dominanz der grundsicherungsfremden Instrumente des SGB III und Zerstörung der öffentlich geförderten Beschäftigung waren *weitere* Absichten – sie werden mit der sog. Instrumentenreform ein großes Stück weit vorangebracht.

So geht es also in den kommenden beiden Jahren darum, auf einen Politikwechsel im Bund zu hoffen und alle diejenigen zu unterstützen, die für ein selbständiges, Spielräume öffnendes Gesetz, für kommunale Orientierung der Grundsicherung und für eine Wiederbelebung des sozialen Arbeitsmarkts eintreten.

Mit der von ihr initiativ mitgetragenen „Hessischen Botschaft zur Instrumentenreform“ hat die LAG Arbeit zusammen mit den hessischen Wohlfahrtsverbänden einen Beitrag zur (leider erfolglosen) Abwehr der Berliner Politik wie zur (hoffentlich längerfristig wirkenden) Klärung der Zielvorstellungen einer *anderen* Arbeitsmarktpolitik beigetragen. Die Unterstützung der Hessischen Botschaft durch die hessische Kommunalpolitik war ermutigend.

In den kommenden beiden Jahren geht es für die Einrichtungen der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung auch darum, zu überleben. Dies wird nicht gehen ohne neue Orientierungen, ohne Entwicklung und Angebot neuer Leistungen.

Die LAG Arbeit in Hessen will – wie in den Vorjahren, aber in dieser Zeit umso intensiver - durch fachlichen Austausch, Weiterbildung und Beratung die Prozesse der Anpassung und Neuaufstellung bei ihren Mitgliedern unterstützen und so zum Überleben beitragen. Sie kann dabei auf funktionsfähige eigene Strukturen, auf eine in Hessen vorhandene Kooperationskultur sowie hohe Fachkompetenz und auf das Wohlwollen des Landes setzen.

Im ablaufenden Jahr wurde die LAG Arbeit 20 Jahre alt. Wenn auch durch raue See, geht die Reise weiter – vorwärts auf den 25. Geburtstag zu.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich ein friedvolles Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2012.

Offenbach, 14.12.2011

Jürgen Schomburg  
Vorsitzender